

12 TOTE NACH ANSCHLAG
Der Morgen nach dem
Grauen
BERLIN

TERRORANGST
Sollen wir uns jetzt mit
den Kindern
einschließen?

Aufklärung gegen Verschleierung

Kongress der NGfP über gesellschaftliche Spaltungen in Berlin

■ »Was wir brauchen, ist eine neue Aufklärung, die Besinnung auf den eigenen Verstand, ein Selbstbewusstsein, das sich durch angebliche Kapazitäten nicht ins Bockshorn jagen lässt.« Diesen Satz formulierte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, in seinem Eröffnungsvortrag beim Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP) zum Thema »Gesellschaftliche Spaltungen – Erfahrung von Ungleichheit und Ungerechtigkeit« im Frühjahr in Berlin. Um genau diese Aufklärung bemühten sich rund 150 Teilnehmer und mehr als 30 Referenten aus Wissenschaft und Praxis während der dreitägigen Veranstaltung, darunter die Psychologin Dr. Almut Bruder-Bezzel, der Mathematiker Prof. Dr. Gerd Bosbach, der die manipulative Interpretation demografischer Fakten entlarvte, und der Jurist Prof. Dr. Hermann Klenner mit seinen Gedanken über Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit. Die NGfP sieht Psychologie in gesellschaftlicher Verantwortung, weshalb sie ihre Kongressthemen Jahr für Jahr an gesellschaftlichen Problemlagen orientiert und dazu das Gespräch sowohl mit Psychologen als auch mit Vertretern anderer Professionen sucht.

Wer es noch nicht wusste, erfuhr von Ulrich Schneider, dass zehn Prozent der über 18-Jährigen in Deutschland überschuldet und perspektivlos sind und das Land mit 13 Millionen Menschen heute die höchste Armutsquote in seiner Geschichte hat. Wenn manche Politiker und Vertreter der Wirtschaft dagegenhielten, dabei handele es sich nicht um Armut, sondern um die durchaus wünschenswerte und notwendige Ungleichheit, die den Motor der Entwicklung ausmache, dann verwechselten sie – so Schneider – absichtlich Armut mit Elend, ignorierten Freudlosigkeit und Abgehängtsein, worunter besonders Kinder litten. Schneider verzichtete auf zu viele Zahlen aus dem kurz zuvor veröffentlichten Armutsbericht. Vielmehr sensibilisierte er die Teilnehmer für Realitätsverzerrung durch Sprache. »Menschen die gut sind, erklärt man zu Gutmenschen, nachdenkliche Menschen zu Bedenkenträgern, aus einer Gerechtigkeitsdebatte wird eine Neiddebatte gemacht.« Der Begriff »Wettbewerb« gelte als uneingeschränkt positiv, dabei kreierte die Konkurrenz im Kapitalismus auch Millionen Arbeitslose und prekär Beschäftigte und erzeuge zig Insolvenzen. Auch Redewendungen, die viele Men-

schen bereits tief verinnerlicht hätten, gelte es zu hinterfragen. Es heißt: »Eigentum ist unantastbar.« Wieso fragt niemand, ob seine Entstehung diesen Satz rechtfertigt? Es heißt auch: »Schulden muss man immer zurückzahlen.« Wieso eigentlich? Ist das, was Eltern ihren Kindern trotz einer finanziellen Notlage schulden – Fürsorge, Bildung, ein Zuhause –, nicht wichtiger als das, was sie der Bank schulden?

Hermann Klenner räumte auf mit der fundamentalen Fehlannahme, dass Gerechtigkeit mit Recht organisch verbunden sei. »Gerechtigkeit ist keine Geltungsbedingung des Rechts; Juristen sind keine Priester der Gerechtigkeit, sondern Staatsangestellte der Gesetzlichkeit. Und diese ist im positivsten Sinn ein Herrschaftsinstrument in einer von Spaltungen, Widersprüchen und Gegensätzen durchzogenen Gesellschaft.« Die Annahme, es gebe einen binären Menschheitskatalog universeller Gültigkeit von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit sei ebenfalls falsch, doch werde das von vielen Politikern unterstellt und damit Politik gemacht. Gerechtigkeit gehöre zu den am häufigsten verwendeten deutschen Worten, und es existieren mindestens 100 verschiedene Definitionen dafür. Ganz anders sei das mit dem Begriff »Ungerechtigkeit«. Er deutet das so: »Gerechtigkeit wird im Wesentlichen im Verschleierungsvokabular benutzt, Ungerechtigkeit potenziell eher im Aufklärungsvokabular.« Wer Gerechtigkeit wolle, komme nicht darum herum, mit der Aufklärung von Interessen zu beginnen und die eigenen in Forderungen zu verwandeln.« Er beklagte die inflationäre Verwendung des Gerechtigkeitsbegriffs durch alle Parteien hindurch, und das nicht erst seit die USA Afghanistan überfielen und der damalige Präsident dazu die Losung ausgab: »Justice will be done.«

Klenner fragt sich, warum die Linken nicht fordern, die in der 1948 verabschiedeten »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« verankerten Rechte auf soziale Sicherheit, auf Arbeit, gleichen Lohn und mehr in das deutsche Grundgesetz aufzunehmen. Stattdessen stelle die Partei zu seinem intellektuellen Entsetzen ihr Wahlprogramm unter das Generalmotto »Gerechtigkeit für alle«. »Das bedeutet nichts anderes als Gerechtigkeit für keinen, jedenfalls für keinen, der unten ist«, betonte der Jurist.

Christa Schaffmann

Aufklärung gegen Verschleierung

Kongress der NGfP über gesellschaftliche Spaltungen in Berlin

»Was wir brauchen, ist eine neue Aufklärung, die Besinnung auf den eigenen Verstand, ein Selbstbewusstsein, das sich durch angebliche Kapazitäten nicht ins Bockshorn jagen lässt.« Diesen Satz formulierte Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, in seinem Eröffnungsvortrag beim Kongress der Neuen Gesellschaft für Psychologie (NGfP) zum Thema »Gesellschaftliche Spaltungen – Erfahrung von Ungleichheit und Ungerechtigkeit« im Frühjahr in Berlin. Um genau diese Aufklärung bemühten sich rund 150 Teilnehmer und mehr als 30 Referenten aus Wissenschaft und Praxis während der dreitägigen Veranstaltung, darunter die Psychologin Dr. Almuth Bruder-Bezzel, der Mathematiker Prof. Dr. Gerd Bosbach, der die manipulative Interpretation demografischer Fakten entlarvte, und der Jurist Prof. Dr. Hermann Klenner mit seinen Gedanken über Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit. Die NGfP sieht Psychologie in gesellschaftlicher Verantwortung, weshalb sie ihre Kongressthemen Jahr für Jahr an gesellschaftlichen Problemlagen orientiert und dazu das Gespräch sowohl mit Psychologen als auch mit Vertretern anderer Professionen sucht.

Wer es noch nicht wusste, erfuhr von Ulrich Schneider, dass zehn Prozent der über 18-Jährigen in Deutschland überschuldet und perspektivlos sind und das Land mit 13 Millionen Menschen heute die höchste Armutsquote in seiner Geschichte hat. Wenn manche Politiker und Vertreter der Wirtschaft dagegenhielten, dabei handele es sich nicht um Armut, sondern um die durchaus wünschenswerte und notwendige Ungleichheit, die den Motor der Entwicklung ausmache, dann verwechselten sie – so Schneider – absichtlich Armut mit Elend, ignorierten Freudlosigkeit und Abgehängtsein, worunter besonders Kinder litten. Schneider verzichtete auf zu viele Zahlen aus dem kurz zuvor veröffentlichten Armutsbericht. Vielmehr sensibilisierte er die Teilnehmer für Realitätsverzerrung durch Sprache. »Menschen die gut sind, erklärt man zu Gutmenschen, nachdenkliche Menschen zu Bedenkenträgern, aus einer Gerechtigkeitsdebatte wird eine Neiddebatte gemacht.« Der Begriff »Wettbewerb« gelte als uneingeschränkt positiv, dabei kreierte die Konkurrenz im Kapitalismus auch Millionen Arbeitslose und prekär Beschäftigte und erzeuge zig Insolvenzen. Auch Redewendungen, die viele Men-

schen bereits tief verinnerlicht hätten, gelte es zu hinterfragen. Es heißt: »Eigentum ist unantastbar.« Wieso fragt niemand, ob seine Entstehung diesen Satz rechtfertigt? Es heißt auch: »Schulden muss man immer zurückerzahlen.« Wieso eigentlich? Ist das, was Eltern ihren Kindern trotz einer finanziellen Notlage schulden – Fürsorge, Bildung, ein Zuhause –, nicht wichtiger als das, was sie der Bank schulden?

Hermann Klenner räumte auf mit der fundamentalen Fehlannahme, dass Gerechtigkeit mit Recht organisch verbunden sei. »Gerechtigkeit ist keine Geltungsbedingung des Rechts; Juristen sind keine Priester der Gerechtigkeit, sondern Staatsangestellte der Gesetzlichkeit. Und diese ist im positivsten Sinn ein Herrschaftsinstrument in einer von Spaltungen, Widersprüchen und Gegensätzen durchzogenen Gesellschaft.« Die Annahme, es gebe einen binären Menschheitskatalog universeller Gültigkeit von Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit sei ebenfalls falsch, doch werde das von vielen Politikern unterstellt und damit Politik gemacht. Gerechtigkeit gehöre zu den am häufigsten verwendeten deutschen Worten, und es existieren mindestens 100 verschiedene Definitionen dafür. Ganz anders sei das mit dem Begriff »Ungerechtigkeit«. Er deutet das so: »Gerechtigkeit wird im Wesentlichen im Verschleierungsvokabular benutzt, Ungerechtigkeit potenziell eher im Aufklärungsvokabular.« Wer Gerechtigkeit wolle, komme nicht darum herum, mit der Aufklärung von Interessen zu beginnen und die eigenen in Forderungen zu verwandeln.« Er beklagte die inflationäre Verwendung des Gerechtigkeitsbegriffs durch alle Parteien hindurch, und das nicht erst seit die USA Afghanistan überfielen und der damalige Präsident dazu die Losung ausgab: »Justice will be done.«

Klenner fragt sich, warum die Linken nicht fordern, die in der 1948 verabschiedeten »Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte« verankerten Rechte auf soziale Sicherheit, auf Arbeit, gleichen Lohn und mehr in das deutsche Grundgesetz aufzunehmen. Stattdessen stelle die Partei zu seinem intellektuellen Entsetzen ihr Wahlprogramm unter das Generalmotto »Gerechtigkeit für alle«. »Das bedeutet nichts anderes als Gerechtigkeit für keinen, jedenfalls für keinen, der unten ist«, betonte der Jurist.

Christa Schaffmann